

Elbinger Anzeigen.

(Elbinger Zeitung.)

Wöchentlich 2 Nummern:
Mittwoch und Sonnabends.

Preis pro Quartal in Elbing 10 Sgr.
durch die Post 12½ Sgr.

Expedition: Spieringsstraße No. 32.

Mittwoch,

No. 95.

19. November 1862

Marktberichte.

Elbing. Das Wetter ist in den letzten Tagen sehr rauh und kalt geworden, leider aber dabei noch immer trocken geblieben, was die Besorgnisse wegen der Wintersaat steigert. Die kleinen Gewässer waren am Sonntag bereits mit Eis belegt, am Montag auch schon der Elbingfluss. Von Getreide kamen recht starke Zufuhren, fanden aber einen flauen Markt mit fallenden Preisen. Beizahl und zu notiren: Weizen, bunter und hochbunter, 125.—135-pfb., 70.—85 Sgr., abfallende Sorten 60.—68 Sgr. Roggen 48.—54 Sgr. Gerste, große 34.—43 Sgr., kleine 32.—38 Sgr. Hafer 20.—25 Sgr. Erbsen, weiße 44.—52 Sgr., graue 46.—54 Sgr. — Spiritus 15½ Thlr.

Danzig. Bei den fortwährend flauen Verhältnissen vom Auslande gingen die Getreidepreise auf hiesigem Markte ferner zurück und fand sich dazu einige Spekulation, so daß in letzter Woche über 1000 Last Weizen umgelebt wurden. Bahnpreise bei starker Zufuhr: Weizen 76.—90, Roggen 48.—54, Gerste 38.—47, Hafer 24.—28, Erbsen 48.—54 Sgr. — Spiritus 15½ Thlr.

Königsberg. Unsere Kornmärkte waren während der ganzen Woche flau und matt und Preise meist weichend. Marktpreise bei mittelmäßiger Zufuhr: Weizen 70.—90, Roggen 50.—58, Gerste 32.—42, Hafer 25.—31, Erbsen, weiße 50.—58, graue 55.—62 Sgr. — Spiritus 15½ Thlr.

Der Konflikt.

Man spricht jetzt von Versuchen zur Verständigung zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus über die Fragen, welche den obwaltenden Konflikt hervorgerufen haben sollen. Stände die Sache so: dann möchten berartige Versuche von Erfolg sein können. Wie aber wenn diese Fragen nur der Vorwand zu dem herbeigeführten Konflikt sind; wenn nicht die Erledigung dieser einzelnen Fragen, sondern der Konflikt selbst Zweck und Ziel ist? Man betrachte den Gang der Sache! Die Vorwände haben gewechselt; der Konflikt hat sich immer tiefer in unser politisches Leben hineingewirkt. Sie haben gewechselt, sie haben mit dem Wachsthum des Streites eine ernstere, umfänglichere Gestalt angenommen: ist da von ihrer Beseitigung eine Heilung des Konflikts selbst zu erhoffen? — Im März d. J. war die weitere Spezialisierung der Etats der äußere Anlaß des Zusammenstosses von Regierung und Abgeordnetenhaus. Vier Wochen später lachte jeder über solch' eine Kleinigkeit, und obwohl die Hagen'sche Forderung bewilligt wurde, entwickelte sich der Kampf heftiger als je. Nun kamen die Armee-Organisation, die Kosten für das verstärkte Heer und die zweijährige Dienstzeit an die Reihe. Hinter sie versteckte sich der Widerstand gegen die königliche Ordnung, welche der Pfeiler des preußischen Staates ist. Wir halten die Nachricht für begründet, daß das Ministerium in der nächsten Session des Landtages mit einem Gesetzentwurf über die neue Heereseinrichtung hervortreten wird. Wir hegeln aber eben so wenig einen Zweifel, daß der Fortschritt ein Mittel finden wird, um diese Maßregel der Regierung als eine verspätete, unzureichende, den Zweispalt steigernde zu behandeln. Den Vorwand hierzu wird das Budget des Jahres 1862 liefern, das ganze Budget, — nicht mehr, wie in den vergangenen Monaten, der Theil des Budgets, welcher von den Ausgaben für die Armee handelt. Das ganze Budget soll es sein; man wird damit beginnen, daß man alle im Jahre 1862 gemachten Staatsausgaben für ungesehlich erklärt, und man wird damit schließen, daß man sich weigert, das Budget von 1863 in Verathung zu ziehen. Mit anderen Worten: man wird für 1863 Alles verweigern. — Auch diese unbedingte Geldverweigerung wird nur ein Kleid sein, in welches sich der wirkliche Konflikt hält; deshalb würde es auch nichts nutzen, wenn die Regierung die Fehler, welche die Kammer im Jahre 1862 gemacht hat und in Folge deren kein Budgetgesetz zu Stande kam, durch die Beantragung einer Indemnität auf ihre Schulter nähme.

Eine solche Nachgiebigkeit würde von dem Fortschritte benutzt werden, um endlich den Schleier fallen zu lassen, und mit Beiseitelegung aller Vorwände die einzige große Frage, um die es sich handelt, den offenen Kampf zwischen Königthum und Parlament, auf die Tagesordnung zu setzen. — Darum hat es sich von Anbeginn gehandelt; das ist der Kern des Konflikts.

P. B.

Vereinigte.

Berlin. Das Königl. Hoflager ist am 16. von Potsdam nach Berlin verlegt worden. — Auch in den letzten Tagen empfingen Se. Majestät der König täglich zahlreiche Deputationen mit Ergebnis-Adressen, die noch immer in großer Zahl hier eintrafen. — Der König arbeitet sehr viel und anstrengend.

— (B. M.-Z.) Nach der nunmehr erfolgten Rückkehr des Herrn v. Roon werden die Gesamt-Verathungen des Ministeriums beginnen. Man wird sich zunächst mit der Indemnitätsbill beschäftigen, deren Einbringung beschlossene Sache sein soll. (?) Die Vorarbeiten zu den Budgets sind in den Ministerien gleichfalls so weit gediehen, um dem Ministerium als Anhalt zu Dispositionen über das auf diesem Gebiete einzubringende Material zu dienen. Es werden die Etats von 1863 und 1864 vorgelegt werden. Thatfächlich ist, wo es irgendwie dem Ministerium thunlich erschien, auf die Wünsche und Anträge des Abgeordnetenhauses Rücksicht genommen und auch eine größere Spezialisierung als bisher angebracht worden. — Von Seiten hiesiger Wahlmänner ist in Anregung gebracht worden, das Abgeordnetenhaus zu einer Adresse an Se. Maj. den König aufzufordern, in welcher feierliche Verwahrung ausgesprochen werde, daß das Haus je die ihm verfassungsmäßig verbürgten Rechte überschritten, einen Eingriff in die Rechte dritter oder gar in die der Krone gemacht habe. (Nun, eine solche Adresse wäre denn so ziemlich das Nonplusultra einer Dreistigkeit, für welche das parlamentarische Lexikon eines Ausdrucks erlangt.) — Zur Feier des 3. Februar 1863, an welchem Tage vor 50 Jahren König Friedrich Wilhelm III. den begeisternden Aufruf an Sein Volk erließ, werden von vielen Seiten schon jetzt Vorbereitungen getroffen. — Das erste Panzer-Dampfschiff, welches die Königl. Marine bauen wird, soll den Namen „Berlin“ führen, aus Rücksicht auf die aus städtischer Kasse für die königliche Flotte dargebrachten 85,000 Thlr.

— Aus der Großstadt Ravensberg ist dieser Tage an den Kriegsminister v. Roon ein echt provinziales Geschenk erfolgt: ein riesiger Pumpernickel mit der dazu gehörigen Butter, dem geeigneten Messer und einem hölzernen Broteller mit der Aufschrift: „Unser täglich Brot gib uns heute.“ Dazu ein kolossal Schinken mit gleichfalls entsprechendem Messer, ein Stück seines Leinen aus reinem Handgespinnt und eine Damast-Serviette. Das Ganze ist mit einer Decke bedeckt, auf welcher sich das eiserne Kreuz und ein Bibelspruch befindet. Dieses Geschenk ist von einer Adresse begleitet, in welcher die Absender nochmals dem Herrn Minister ihren Dank für seinen manhaftesten und treuen Kampf für das große Werk ihres königlichen Herrn, die neue Armee-Organisation, aussprechen.

— Der „B. B.-Z.“ wird versichert, daß an entscheidender Stelle bereits beschlossen worden, den Abgeordneten, welche in ihrer amtlichen Stellung während der Dauer der Landtagssession anderweit vertreten werden müssen, die Kosten dieser Vertretung im Verwaltungsweg aufzuerlegen, und daß noch vor Eröffnung der nächsten Session eine Publikation in diesem Sinne zu erwarten sei.

— Der Demokratie wird gegenüber der steigenden Flut der Loyalitäts-Adressen offenbar

sehr bange, und die demokratischen Bl. zaunken sich schon unter einander, was dagegen zu thun sei. Die „Volkszeitung“ will durchaus Gegen-adressen, damit die Krone in ihrer Stellung über den Parteien gewahrt und vom Kampfe ausgeschlossen werde. Gi, wie fein ausgedacht! Nur Schade, die Krone weiß sehr wohl, daß der Kampf der Parteien eben um ihre Stellung im Staate geführt wird. — Unmittelbar nach ihrem diesfälligen Leitartikel, gleichsam als Illustration zu demselben, erzählt die „Volkszeitg.“: die Redakteure der Kreisblätter in Hagen und Schwelm hätten, auf die diesjährige Aufforderung der betr. Landratsämter, die Aufnahme der Antworten, welche Se. Majestät der König den Loyalitäts-Deputationen ertheilt hat, verwirkt; manche Abonnenten des „Hagener Kreisblattes“ hätten auch, „um dem vorzubeugen, wie im Frühjahr nach der Kammeraufsiedlung, mit dem Kreisblatt amtlich beigelegten Beilagen aus der geh. Oberhofbuchdruckerei in Berlin bedacht zu werden“, — der Redaktion desselben schriftlich angezeigt, „mit der event. Zusendung solcher Beigaben verschont bleiben zu wollen“; worauf die „Volkszeitg.“ hinzufügt: „Solches Verfahren möchte sich allgemein empfehlen.“ — Nun, was sagt man zu dieser Art „der Krone ihre Stellung über den Parteien zu wahren“? — Dieselbe Zeitung veröffentlicht denn auch mit sichtlichem Behagen Erklärungen von einigen Menschen, welche, da sie die von ihnen mitunterschriebenen Ergebnis-Adressen nicht verstanden oder gelesen hätten, ihre Unterschriften zurücknehmen. Es haben sich wirklich zu dergleichen Erklärungen bis jetzt fast zwei Dutzend Menschen hergegeben.

— Am 13. wurde von dem Berliner Stadtgericht der Redakteur der „Tribüne“ Hübner wegen Majestäts-Beleidigung zu einem Jahre Festung; der Redakteur der „Preußischen Jahrbücher“ Professor Hahn zu 20 Thlr. Geldstrafe verurtheilt.

— Die hiesige „Spener'sche Zeitung“ ist, wahrscheinlich wegen Abonnenten-Mangels, nun auch zur Demokratie übergegangen und debütiert in ihrer neuen Wandlung mit „Abschaffung des Herrenhauses.“ Der alte Onkel ist schwach; das zieht nicht mehr.

— Der „Publizist“ verlangt, daß die Disposition über den „Nationalfonds“ dem Abgeordnetenhaus zuertheilt werden müsse. Da hätte ja also diese „gesetzgebende“ Körperschaft die Mittel zur Exekutive. Wie aber, wenn wieder einmal ein „reactionaires“ Abgeordnetenhaus herankäme? — Die „National-Zeitung“ schlägt vor, mit dem „Nationalfonds“ der demokratischen „kleinen Provinzial-Presse“ unter die Arme zu greifen. Andere Blätter machen andere Vorschläge: die Leute wissen also offenbar nicht, was sie mit dem Gelde anfangen sollen — bei dem ungeheuren Steuerdruck!!

— Aus Köln berichtet die „Nb. A. Z.“: Für den Fall, daß Herr v. Bockum-Dolffs (welcher Protestant ist und gegen den sich die Klerikalen erklären haben) die Wahl zum hiesigen Bürgermeister nicht annimmt, will man, wie gerüchtweise erzählt wird, Herrn v. Forckenbeck in Elbing (welcher Katholik ist) auf die Kandidatenliste setzen.

— Bei der gegenwärtigen Abschätzung für die Einkommen-Steuern hat die dazu eingeführte Commission den Besitzer des Malzgebräu-Gesundheitsbieres, Herrn Hoff (Neue Wilhelmsstraße No. 1.), in die höchste Steuerstufe, nämlich in die 30., gesetzt. Bis jetzt ist derselbe der Einzige, welcher zu dieser Steuerstufe hier gehört. Man hat ihm nämlich nachgerechnet, daß Herr Hoff von seinem Betriebsgeschäft jährlich wenigstens ein Netto-Ertrag von über 200,000 Thlr. zufällt. Im Allgemeinen glaubt man nicht, daß Herr Hoff dagegen reklamieren wird.

— Wie die demokratischen Blätter alle bekanntlich das Gras machen hören, so weiß die „Kölnische Ztg.“ auch ganz genau, was Herr v. Bismarck bei seiner letzten Anwesenheit in Paris gemacht und wie es ihm gegangen ist. Sie erzählt: Herr v. Bismarck hat der französischen Regierung die Versicherung gegeben, daß Preußen mit der von Frankreich in der italienischen Politik genommenen Wendung einverstanden sei, und wir glauben, daß ein diplomatisches Altersstück Preußens diese Angabe mit Nachstem bestätigen wird. Was die anderen Materien der Gespräche anbetrifft, so möge man vor Alem von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß, welches auch der Ernst der preußischen Zustände sein möge, es heilige Pflicht eines preußischen Staatsmannes war, sein Vaterland dem Auslande gegenüber nicht als innerlich geschwächt darzustellen. Es ist nun eigentlich genug, daß wir von den Franzosen hören müssen, sie könnten dem Patriotismus, welcher aus der ganzen Darstellungweise des preußischen Ministers hervorging, nur ihre Achtung zollen. Herr v. Bismarck habe erklärt, preußen denke nicht daran, in Deutschland einen Staatsstreich zu machen, und würde auch die innere, rein konstitutionelle Krisis unter Achtung aller bestehenden Gesetze glücklich durchkämpfen. Ein Verfassungsbruch liege nicht vor; die Regierung hätte jedoch auf mehr Rücksicht von Seiten der zweiten Kammer rechnen dürfen. Ueberhaupt war man hier von der diplomatischen Mäzigung, mit welcher Herr v. Bismarck sich über die Gegner der Regierung äußerte, sehr überrascht. Er schien nie aus dem Auge zu verlieren, daß er dem Auslande gegenüber sprach. Der Handelsvertrag bildete natürlich einen Hauptgegenstand der Unterhaltungen. Der Minister erklärte sowohl dem Kaiser wie allen, mit denen er zusammen kam, daß Preußen unverbrüchlich an dem Handelsvertrage fest halte und ihn zur Zeit in Kraft setzen werde. (Was an dieser Erzählung, welche eigentlich nur Selbstverständliches berichtet, überraschen muß, ist die unverkennbare Achtung und Anerkennung, mit der die demokratische „Kölnische Ztg.“ von Herrn v. Bismarck spricht.)

Demokratische Blätter drohen dem bekannten „Arbeiter“ Eichler mit einer Erklärung des Leipziger Arbeiter-Comit's, worin die Beweise für eine Verbindung des Eichler mit der Reaktion aufgedeckt werden sollen. In demselben Atem betheuernd diese Blätter, daß die Entlassung des Eichler aus seiner Stellung durch Herrn v. Unruh gar nicht Folge der politischen oder sonstigen Gestaltung des Eichler, „sondern nur der Art ist, wie dieselbe seine Arbeit in der Fabrik ausgeführt hat.“ — Sonderbar, dritthalb Jahre hat Eichler in dieser Fabrik zur Zufriedenheit gearbeitet, und gerade nun die Arbeiterversammlung stattgefunden, nun arbeitet er so schlecht, daß er von Herrn v. Unruh sofort weggejagt und auf die Strafe gesetzt werden muß!!! Es ist ja auch noch niemals vorgekommen, daß Fabrik- und andere Arbeiter &c. von ihren demokratischen Herren sofort entlassen wurden, nachdem sie bei den Wahlen conservativ gewählt hatten. Das ist ja noch niemals vorgekommen, und wenn es etwa doch vorgekommen ist, so war es gewiß nur „der Art“, wie dieselben, obgleich sie Jahre lang gut gearbeitet, nun nach den Wahlen mit einem Male ganz schlechte Arbeit machen. Ihr freies Wahlrecht hatten die Leute, oh gewiß; nur wenn sie zufällig conservativ wählten, dann machten sie schlechte Arbeit und mußten sofort entlassen werden. Das ist ja ganz natürlich, und so hat's Herr v. Unruh mit dem Arbeiter Eichler auch nur gemacht.

Nach der „Volkszeitung“ hat der sog. Nationalfonds, bestimmt für alle Diejenigen, über welche der gegenwärtige Kampf Verfolgung verhängt, in dieser Weise seine Thätigkeit bereits begonnen, und ist aus demselben einem Gewerbetreibenden, „welcher durch die Machinationen der Reaktionspartei wesentliche Beschädigungen erfahren“ (was für welche denn?, hatte er vielleicht „réactionnaire“ Wechselschulden?), „eine namhafte Summe darlehnsweise aus dieser „großartigsten politischen Assekuranzklasse“ gezahlt worden.“ (So, so!) Wie aus Berlin mitgetheilt wird, hat ein dortiger Kaufmann seine Commiss, die zum Nationalfonds 5 Thlr. beigesteuert hatten, entlassen. Natürlich werden diese edlen „Verfolgten“ nun doch auch aus dem Nationalfonds die gebührende Unterstützung erhalten. Die Spekulationen auf den Nationalfonds werden bald ein neues lukratives Geschäft werden.

An der Börse vom 17. d. Mts. war die Stimmung entschieden flau. Staatschuldsscheine 90; Preuß. Rentenbriefe 99½.

Frankreich. Die ablehnenden Antworten des englischen und russischen Kabinetts auf den diesseitigen Vermittelungs-Vorschlag in Betreff Amerika's machen hier großes Aufsehen und in

den offiziellen Kreisen einen sehr unangenehmen Eindruck.

Großbritannien. Auf die französische Depesche in Betreff Amerika's ist am 14. die Antwort abgesandt. Das hiesige Cabinet hält die Zeit zu einer Vermittelung zwischen den kriegsfähigen Parteien in Nordamerika noch nicht für gekommen; man dürfe keine Annahme der Vermittelung voraussetzen; eine Ablehnung aber würde verhindern, bald mit einem neuen Vermittelungs-Versuche hervorzutreten. England lehnt die Intervention ab.

Italien. Turin, 17. November. (Tel. Dep.) Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Aufhebung des Belagerungszustandes in den neapolitanischen Provinzen und auf Sizilien angeordnet wird. Die Präfekten von Neapel und Palermo behalten einige exceptionelle Beschlüsse. Dagegen hat der Kaufmannstand von Neapel an den General Lamarmora eine energische Vorstellung gerichtet, worin nachdrückliche Maßregeln zur Beseitigung des Nöuberwesens verlangt werden. In dieser Billchrift heißt es wörtlich: „Die Couriere aufgefangen, die Postfelleisen verbrannt, die Reisenden angehalten und ermordet, die Frachtwagen, welche Güter nach den Provinzen schaffen, ausgeplündert, — das sind die Nachrichten, die uns in Masse von allen Punkten der Provinzen zu gehen und welche Aller Herzen mit Schrecken erfüllen. Alle Handels-Verbindungen sind unterbrochen, die Städte isolirt, und die Geschäfte, die schon sehr flau gingen, liegen gänzlich darnieder.“

— Lauter süße Freiheit, Einigkeit, &c.!

Griechenland. Es fehlt an Geld und die Staatsausgaben der provisorischen Regierung wachsen. Man kann der Armee nicht mehr den Sold bezahlen, die Soldaten desertieren und verkaufen Waffen und Effekten. 2000 Unteroffiziere wollen für ihren Treubruch avanciren.

Türkei. Die „Allg. Pr. Z.“ hat sichere Nachrichten aus Konstantinopel erhalten, welche dem Gericht, daß der Sultan gemüthskrank sei, bestimmt widersprechen. Nach anderen Berichten leidet der Sultan an einer durch großen Arger herbeigeführten Überreizung des Gehirns, doch scheint es schon wieder besser mit ihm zu gehen.

Russland. Auch das hiesige Cabinet hat das Eingehen auf die von Frankreich vorgeschlagene Vermittelung in Amerika abgelehnt. Man müsse den Schein vermeiden, als wolle man einen Druck ausüben. Wenn Frankreich auf Vermittelung bestehe und England seine Zustimmung gebe, so wolle Russland, wenn auch nicht offiziell, so doch moralisch, unterstützen.

Polen. Von der Unschärheit der Zustände hier kann man sich auswärts kaum einen Begriff machen. Einer fragt den Anderen: Was soll daraus werden? Wer regiert jetzt eigentlich hier? Haben wir jetzt 2 Regierungen? Die rechtmäßige Regierung erhebt gesetzmäßige Steuern, die revolutionären Comits' erheben sie nach Belieben; die gesetzmäßige Execution erfolgt nach 4–6 Wochen oder einigen Monaten, die revolutionäre wartet kaum einige Tage darauf; die rechtmäßige Regierung verhaftet, verdet, verurtheilt und strafft nach den bestehenden Gesetzen; die revolutionäre verurtheilt ungehört und sendet in der Stille ihre Schergen aus, um durch Dolch oder Strang die ihr Verdächtigen, d. h. nicht Zustimmenden, aus dem Wege zu räumen. Die Regierung formirt Conscriptions-Listen zur Militair-Aushebung, während das revolutionäre Comits' seine Truppen im Geheimen erzügt. Wer regiert also? fragt man, wenn Leichteres Alles ungestraft thun kann, und keine Spuren der Expressen und Mörder von einer Polizeimacht von fast 1600 Beamten und Polizeisoldaten aufzufinden sind? — Dem Meuchelmorde Finkner's soll, wie man sagt, gestern ein zweiter, an einem ebenfalls als Spion bezeichneten Juden, durch Hängen vollzogen, gefolgt sein. Die Regierung scheint ratlos, aber sie bricht ihr Schweigen nicht. Alles ist voll Furcht, und Niemand kann errathen, was kommen wird.

Handels-Nachrichten. (Wolff's tel. Bür.)

Hamburg, 17. Novbr. Weizen Loco und ab Auswärts flau und stille. Roggen Loco stille, ab Königsberg Frühjahr 75 zu haben, 74 wohl zu lassen. Del November 29½, Mai 29½–29.

Amsterdam, 17. Novbr. Weizen preishaltend. Roggen animirter. Raps April 83½, September 75½ nominell. Rüböl Mai 46½, September 43½.

London, 17. Novbr. Englischer Weizen zu zwei Schillingen niedriger langsam verkauft, fremder unthätig, einen bis zwei, Gerste einen bis zwei, gute Hafer einen, geringere Sorten zwei Schillinge billiger. Weizen Erbsen einen bis zwei Schillinge höher. Wetter schön, doch kalt. — Liverpool. Baumwolle billiger.

Beschiedenes.

Nach der Zählung vom Dezember 1861 betrug die Gesamt-Bevölkerung des Preußischen Staates 18,491,220, und hatte also gegen die Zählung von 1858 (Resultat 17,739,913) um 751,307, also um ca. 4½ Prozent, zugenommen. Die größte Zunahme hat in der Provinz Brandenburg (mit Berlin) mit beinahe 6 Prozent, die geringste in Westfalen mit 3½ Prozent stattgefunden. In der Provinz Preußen betrug die Zunahme 4,46; im Regierungsbezirk Danzig 4,84 Prozent, und zwar 475,570 gegen 458,626 i. J. 1858.

— Die Hauptgewinne bei der letzten Lotterie sind wie folgt gefallen: 150,000 Thlr. nach Siegen, 100,000 Thlr. nach Breslau, 50,000 Thlr. nach Görlitz, 40,000 Thlr. nach Berlin, 30,000, 20,000 und 15,000 Thlr. nach Königslberg, 25,000 Thlr. nach Lyk, 7mal 10,000 Thlr. nach Magdeburg, Stettin, Lyk, Berlin, Glogau, Halberstadt und Köln.

— Es ist doch erstaunlich, was die demokratischen Blätter Alles wissen! Erzählt da der Berliner Correspondent der „Danziger Ztg.“ mit ganz ernster Miene: „Die französische Diplomatie habe Herrn v. Bismarck kein Hehl daraus gemacht, daß Preußen, so lange der Konflikt im Innern nicht gelöst sei, keine Aussicht auf eine wirksame Beteiligung an der auswärtigen Politik habe. Der französische Kaiser selbst kennt das deutsche Volk zu gut, um zu meinen, daß die preußische Regierung auf dem bisherigen Wege etwas erreichen werde. Es sei Napoleon aber keineswegs ganz gleichgültig, ob der Verfassungskampf in Preußen von Seiten des Volkes mit wachsender Energie fortgeführt, oder ob er durch Entgegenkommen der Regierung beigelegt wird. Als sicher könne mitgetheilt werden, daß man am französischen Hofe sich für eine versöhnliche und nachgiebige Politik der Regierung in Preußen ausgesprochen und in diesem Sinne auf Herrn v. Bismarck einzumischen versucht habe;“ u. s. w. Es ist, wie gesagt, ganz erstaunlich, was so ein demokratischer Correspondent — à 8 Pfennige für die Petitzelle — Alles weiß, selbst in dem geheimsten Kabinett, ja in dem Hirnkasten des französischen Kaisers, so verschlossen derselbe auch gegen seine nächste Umgebung ist, dringt die Wissenschaft dieser demokratischen Correspondenten à 8 Pfennige für die Petitzelle. — Natürlich wird auf diese tiefe Wissenschaft und Ermahnung des Berliner Correspondenten der „Danziger Ztg.“ à 8 Pfennige für die Petitzelle Herr v. Bismarck nur sofort „links schwimmen“ machen. Die Gesinnungsgenossen der „Danziger Ztg.“ glauben's doch gewiß steif und fest. Oder sollte gar Einer sich unterstellen, daran zu zweifeln? Na der rothe Reaktionair müßte gemacht werden!

— Ludwig Uhland ist am 18. d. Mts. in Tübingen gestorben.

— Nach der Seitens des Geschäftsführers des „deutschen Nationalvereins“ abgelegten Rechnung zählt derselbe gegenwärtig 25,325 Mitglieder und betrug der Vermögensbestand des Vereins im Ganzen 32,982 Gulden. — Tant de bruit pour une omelette!

— In einem Berliner Bl. bietet ein Schuhmacher warme Hausschuhe aus, das Paar für 1 Thlr.; „Fortschriftsmäuer“ aber zahlen anstatt 1 Thlr. nur 20 Sgr. —

— (Ein moderner Bänkelsänger.) Aus Neapel schreibt man englischen Blättern, daß Padre Pantaleo, Garibaldi's Kaplan und treuer Begleiter von Anno 1860 bis Aspromonte, von einem englischen Spekulanten engagirt worden ist, in England umherzureisen und Garibaldi's Leben und Thaten öffentlich zu schildern! — Alles Spekulation, Alles für Geld, Alles Komödie: — das ist heutzutage das Wos aller Dinge auf der civilisierten Erde!

— In einer größeren Stadt hatten die Herren, welche in der Form einer ihren demokratischen Abgeordneten übersendeten Adresse sich eine Selbstberäucherung zubereitetet, die Naivität, diese Adresse auch an den Ministerpräsidenten v. Bismarck, zur Kenntnisnahme, zu schicken. Dieser erwiderete den Herren: leider fände er erst jetzt nach seiner Rückkehr von Paris Gelegenheit, den Herren für ihre Aufmerksamkeit seinen Dank abzustatten. — Man sieht, Herr v. Bismarck weiß selbst solche — Streiche mit Humor zu behandeln.

— Für das Jahr 1861 betrug die klassifizierte Einkommensteuer, einschließlich 377,500 Thlr. Zuschlag, 3,402,500 Thaler. Die Herren v. Unruh und Runge sagen am Schlus ihres Reiz-Artikels für den National-Fonds: „Es darf wohl daran erinnert werden, daß der erlassene Aufschlag von 25 Prozent zur Einkommensteuer mehrere Millionen Thaler im Jahre beträgt.“ Unwissenheit! Je unwissender, je revolutionärer!

Aus der Provinz.

Königsberg. Der Provinzial-Landtag ist am 16. d. in gewöhnlicher Weise durch den Oberpräsidenten Herrn Eichmann eröffnet worden. Graf Odnhoff-Friedrichstein hat wegen eines Augenübels das Amt des Landtagsmarschalls niederlegen müssen und ist statt seiner der Regierungspräsident Graf zu Eulenburg zum Landtagsmarschall und der Generaldirektor der Ostpr. Landschaft Graf v. Kanitz-Podangen zu dessen Stellvertreter; zu Sekretären die Abg. Landrat Graf Rittberg aus Stuhm, Bürgermeister Heinrich

aus Dt. Croie und Landrat v. Sanden aus Ragnit ernannt.

Marienburg. Die Deputation aus dem Kreise Marienburg, welche in Berlin anwesend ist, um Sr. Majestät dem Könige eine mit mehr als 1000 Unterschriften versehene Ergebenheits-Adresse zu überreichen, besteht aus folgenden Personen: dem Hauptmann a. D. Bürgermeister Knoff aus Neuteich, dem Sattlermeister Karsten aus Marienburg, dem Gutsbesitzer Hannemann aus Altfelde.

Marienwerder, den 10. November. (D. 3.) Vor dem Criminalsenat des hiesigen Königlichen Appellationsgerichts stand heute Termin an zur Verhandlung dreier Pleitwesen wider den Redakteur der „Ostbahn“, und zwar wegen zweier Inserate, „Staatsgewinn-Verlosung“ betreffend, und wegen öffentlicher Beleidigung des Staats-Ministers v. d. Heydt. Auf das frühere Urtheil des Königl. Kreisgerichts (50 Thlr. Geldstrafe, 14 Tage Gefängnis und Verlust der Concession.) Der Gerichtshof trat jedoch der Annahme des Königl. Kreisgerichts, daß hier mildernde Umstände vorliegen, so wie, daß nach dem Wortlaut des §. 54 des Preßgesetzes die dritte Verurtheilung in den fünfjährigen Zeitraum fallen müsse, um den Richter zur Aussprechung des Concessions-Verlustes zu verpflichten, bei und erkannte auf eine Geldbuße von 25 Thlr. und Vernichtung der vorfindlichen Exemplare.

Graudenz. Die Kunstreitergesellschaft Godfroy mit Mad. Godfroy, der vielgenannten Käthchen Neh, welche jetzt in Danzig spielt, wird hier eine Reihe Vorstellungen geben. — Auch in hiesiger Umgegend ist es Sitte, daß die Bauerwitthe ihre Knechte zu Martini auf einer Art von Gesindemarkt miethen, wo zu das Gesinde gemeinhin in Krügen sich versammelt. Dabei kommt es denn oft vor, daß der Brantwein die Köpfe besehelt und höchst brutale Scenen verursacht. Ein Opfer solcher Brutalität wurde am Sonntag der Einfasse Neh, welcher in der Thüre des Kruges in Schwirzochyn stand, als eine Schaar Knechte heranstürmte, von denen einer dem Neh mit einem Stein einen Schlag auf den Kopf versetzte, daß er zusammenbröckelte und nach einigen Stunden den Geist aufgab. Leider ist der Thäter noch nicht ermittelt.

Osterode, 15. Novbr. Bei der heute hier stattgehabten Landtagswahl ist der Kandidat der konservativen Partei, Regierungsratsdarius von Brandt-Tannenberg, mit 31 gegen 28 Stimmen in erster Stelle gewählt. Es ist zu beklagen, daß bei der allerdings nicht so wichtigen Wahl des zweiten und dritten Kandidaten sich die Stimmen der konservativen Kreisstände, in Folge eines Zwischenfalls, heilten und zwei der Fortschrittspartei angehörende Herren: Hundt-Krapfau und von Rhode-Kautschken gewählt sind.

Elbing. Der gestern zu Ende gegangene Martini-Jahrmarkt war nur von sehr wenigen auswärtigen Händlern und Gewerbetreibenden und demzufolge auch, ungeachtet des ganz außerordentlichen trockenen und hellen Wetters, von wenig Käufern besucht.

Wie von sonst wohlunterrichteter Seite mitgetheilt wird, gehen die Führer der hiesigen „Fortschrittspartei“ damit um, die Candidatur des Herrn von Unruh für die hiesige Abgeordnetenstelle fallen zu lassen, weil aus der Mitte der Partei mehrfach Meinungen gegen diese Candidatur sich bemerklich gemacht haben, welche, bei'm Festhalten derselben, ein Mislingen befürchten lassen. Man ist nur noch darüber nicht einig und in einiger Verlegenheit, wie man das Aufgeben dieser und die Aufstellung einer anderen Candidatur mit einigermaßen stichhaltenden Gründen motivieren soll.

-- Am vergangenen Freitage hat sich ein Ulane von der hiesigen Garnison erhängt. Dem Vernehmen nach, war der Mann sehr stark dem Trunk ergeben; ein anderes Motiv liegt nicht vor.

Schwurgericht in Elbing.

1) Am 17. November c. Der frühere Privat-Expedient Albert Wilhelm Radbant aus Marienburg, 26 Jahre alt, ist angeklagt, im Jahre 1862 drei Wechsel auf Höhe von 70 Thlr., 49 Thlr. 29 Sgr. und 49 Thlr. 29 Sgr. fälschlich angefertigt und zum Zwecke der Täuschung Gebrauch davon gemacht zu haben. Derselbe ist gesändig und wird unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis, 200 Thlr. Geldbuße oder 3 Monate Gefängnis und 1 Jahr Chrustverlust verurtheilt.

2) Den 18. November. Anklage-Sache wider den Knecht Joseph Kripkowksi aus Biesterfelde wegen versuchter Nothzucht. Die Offenlichkeit wurde ausgeschlossen und der Angeklagte nach erfolgter Beweisaufnahme freigesprochen.

(Mitgetheilt.) Am 12. d. Ms. feierte in Danzig auf Vorstadt Schidlitz der erste Lehrer der dortigen evangel. Schule, Herr Aug. Haunit, sein 25-jähriges Amtsjubiläum. — Schon am Vormittage wurde der Jubilar von seinen Schülern und Mitkollegen, von seinem Lokal-Schulinspektor und Schulvorstande, der ihm Namens der Schulgemeinde wertvolle Silbergeschenke überreichte, und vom Herrn Stadtschulrat K. in herzlichster Weise beglückwünscht. Letzterer überreichte dem Jubilar außerdem noch ein besonderes

Anerkennungs- und Glückwunschkreis der Danziger Behörden, das mit sinniger Bezugnahme auf dessen 25-jährige Dienstzeit eine gleiche Anzahl von Thaleren in R. A. als Ehrengeschenk beigelegt enthielt. Nachmittags kamen die Lehrer Danzig's, wohl fünfzig an der Zahl, um gleichfalls durch Rede und Gesang dem Jubilar ihre Glückwünsche darzubringen. Heitere Laune und würzige Unterhaltung vereinten die Festgenossen bis zum spätesten Abende, der sicherlich allen ein Lebenspunkt angenehmer Rückinnerungen bilden wird. —

Dem Referenten, der an den Leiden und Freuden des Volksschullehrerstandes stets wärmsten Anteil genommen hat, und den der Zufall in die Reihe dieser Festgenossen geführt hatte, dem mußte sich ungeliebt die Frage aufdrängen: Wie kommt es, daß in unserem Elbing den Lehrern bei vorkommenden Gelegenheiten nicht ähnliche, ehrende und aufmunternde Anerkennungen zu Theil werden? Hierauf giebt's sicherlich nur eine Antwort: Entweder stehen unsere Lehrer den Danzigern an Tüchtigkeit und erfolgreicher Amtswirklichkeit nach, oder das Wohlwollen der Danziger Behörden für ihre Lehrer ist vergleichsweise zu dem der unserigen ein erhöhteres und lebendigeres. —

Den Doppelsinn dieser Antwort näher zu beleuchten, liegt nicht in der Absicht des Referenten; seine Absicht ist schon erreicht, wenn er die Antwort überhaupt nur näherer Erwähnung empfohlen weiß. —

Briefkasten. 1) „Abschied vom Sommer.“ — Für diesmal wohl zu spät. 2) Das Inserat von W. kann nur gegen Bezahlung aufgenommen werden. 3) Herr D. in C. kann das Gewünschte abholen lassen.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung meiner Tochter Bertha mit dem Schuhmachermeister Herrn Carl Speiswinkel beeheire ich mich hiemit ergebenst anzugezeigen. C. Witte.

Elbing, den 17. November 1862.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 4 Uhr starb mein innig geliebter Gatte, Schwiegervater und Großvater, der Müllermeister Friedrich Weber, im 69sten Lebensjahre, an gänzlicher Entrüstung. Mit tiefster Trauer widmet diese Anzeige Verwandten und Freunden Justine Weber, geb. Pohl.

Elbing, den 17. November 1862.

Donnerstag, den 20. November,

Abends 7 Uhr,

im Saale der Bürger-Ressource:

CONCERT

unter gütiger Mitwirkung geschätzter Dilettanten, der Liedertafel und der Damroth'schen Kapelle,

zum Besten des Pestalozzi-Vereines.

Erster Theil:

- 1) Ouverture aus „Der Wasserträger“ von Cherubini.
- 2) „Mein Schifflein treibt inmitten“ c. von J. Beschitt, vorgetragen von der Liedertafel.
- 3) a, Lied von Robert Franz für Sop. b, Lied von Mendelsohn-Bartholdy pran.
- 4) „Mutterseelenallein“, Quartett für Sopran, Alt, Tenor und Bass von Franz Abt.
- 5) Dellamation.
- 6) Chor der Zimmerleute aus „Gzaar und Zimmermann“ von Lortzing. (Tripel-Quartett.)
- 7) Ouverture aus „Iphigenie in Tauris“ von Gluck.

Zweiter Theil:

„Eine Nacht auf dem Meere.“ Preisgekrönte Komposition für Männergesang mit Orchesterbegleitung von W. Lischirch, ausgeführt von der Liedertafel.

Billets à 7½ Sgr. sind bei Herrn Berndt, Herrn Maurizio und in der Neumann-Hartmann'schen Buch- und Musikalien-Handlung, so wie Abends an der Kasse à 10 Sgr. zu haben.

Die Unterzeichneten laden zu gütiger Theilnahme ergebenst ein.

Kreyssig. Förster. Damroth. Evers. Rhein.

Mittwoch, den 19. November c.:

Baill

— Anfang 7 Uhr —

in der Ressource „Humanitas.“
Das Comité.

Zum Besten des hiesigen Rettungshauses und der Klein-Kinder-Bewahranstalten wird am nächsten Sonntage, als am Gedächtnistage der Verstorbenen, zur Concert-Aufführung kommen:

- 1) „Das Tagewerk ist abgethan“ c. Solo und Chor von weiland Herrn Superintenden Eggert.
- 2) Der Ostermorgen, Cantate von Liede und Neukomm.

Indem ich das Unternehmen hiemit der wohlwollenden Theilnahme des hochgeehrten Publikums vertrauensvoll empfehle, bemerke ich zugleich, daß eine nähtere Anzeige in der nächsten Nr. dieses Blattes erfolgen wird.

Doering.

Publicandum.

Die Jahresrechnung von dem Gemeindegut der Altstadt pro 1861 ist zur Einsicht der resp. Corporationsmitglieder auf 8 Tage in der Registratur der Herren Stadtverordneten ausgelegt worden.

Elbing, den 13. November 1862.

Der Magistrat.

Citronen, Apfelsinen, Paraffin- und Stearinlichter und Wachsstock empfiehlt

A. Schaumburg.

Krahenthör.

Wie vielerlei Mittel es auch für das Wachsthum der Haare giebt, so zeigt doch ihre Anwendung so gut wie gar keinen Erfolg. Dennoch giebt es ein Mittel, welches nicht mit oben bezeichneten in gleiche Kategorie zu stellen ist; es ist dies die neue Erfindung: der vegetabilische Kräuterhaarbalsam Esprit de cheveux aus der Fabrik von Hutter & Co. in Berlin, Niederlage bei A. Teuhert in Elbing, der durch eine Menge von Resultaten seine wirklich vor treffliche Wirksamkeit bewiesen hat und daher für jeden Haarleidenden von besonderem Interesse sein muß.

So schreibt Ihre Durchlaucht die Prinzessin zu Bentheim-Teklenburg, Schloß Garholz:

Da der Esprit de cheveux aus der Fabrik von Hutter & Co. in Berlin meinen Haaren sehr gut bekommen und von vortrefflicher Wirksamkeit ist, so ersuche ich Sie heut, um nochmalige Zustellung von 2 Flaschen à 1 Thlr. mit beigefügter Rechnung.

Ferner äußert sich Herr Vicomte de Langé in Besanon:

Ew. Wohlgeboren! Nachdem ich streng nach Ihrer Vorschrift den Haarbalsam anwandte, schien es mir, als wollte sich gar keine Wirkung zeigen, denn die erste Flasche blieb ganz ohne Erfolg; jedoch bestätigte sich bald das Gegenteil, denn nachdem ich 3 Flaschen à 1 Thlr. verbraucht, weiß ich nichts mehr von läahlen Stellen, und finde ich deshalb Veranlassung, Ihnen meinen pflichtgemäßen Dank abzustatten.

Alle Sorten wollene und baumwollene Strumpfwaaren, als: Hemdejacken, Unterjacken, Beinkleider, Strümpfe, Socken, werden billig und gut gearbeitet und sind stets vorrätig bei Güttel, Königsbergerstraße No. 11.

1 Waschmaschine ist billig zu verkaufen Spieringsstraße No. 27.

Schlittschuhe werden billig geschliffen und repariert Lastadie, Kl. Seegelstraße No. 3., D 1 ff.

Eine sehr liebvolle Pflege für ein Kindchen, noch Säugling, ist zu erfragen: Kalkscheunstraße No. 2. bei Sibilstki.

Ein mattgoldenes Nadelobertheil mit Perlentralke ist von der Leichnamstraße, Traubstraße bis Mühlenthal verloren; der Finder erhält bei Abgabe eine dem Werthe nach gute Belohnung bei R. Gerike, Juwelier und Goldarbeiter.

Ein noch nicht vollendetes Hemd, in einer mit St. gezeichneten Serviette, ist verloren. Dem ehrlichen Finder eine Belohnung Grubenhangen No. 1.

Den 16. Ab. ist Kürschnerstr. bis I. Hinsterstr. 12. 1 Pelzkrallen verl. Geg. Bel. abzug.

Beste Preßhefe à Pfd. sieben Silbergroschen.

Böswilligem Gerüchte zu bezegnen, mache ich meinen werthen Abnehmern die Mittheilung, daß ich mein seit 25 Jahren betriebenes Hefen-Geschäft unverändert forseze und meine, als anerkannte beste Waare, von heute ab für sieben Silbergroschen pro Pfund verkaufe.

Elbing, den 15. November 1862.

D. R. Kosowsky,
inneren Mühlendamm No. 11.
und
Fischerstraße No. 5.

Die zehnte Auflage!

Dr. Wilh. Gollmann's
Rathgeber
in allen Krankheiten der
Geschlechts-
und Harnwerkzeuge
und in ihren
Kollegeübeln. stände, **Impotenz, Unfruchtbarkeit,**
etc., sowie Rathscläge über die bewährtesten Schutzmittel gegen Ansteckung, und die nothwendigen Maassregeln gegen die traurigen Folgen geheimer Jugendsünden.— Zu haben bei'm Verfasser, Wien, Stadt, Tuchlauben 557, während der täglichen Ordinationsstunden von 12 — 4 Nachmittags.

Preis 1½ Thaler Preuss. Court.

Eine neue Sendung **Strickwolle**
erhielt **Daniel Peters.**

Mein Lager
— ächt importirter Havannah-
— Bremer und Hamburger
— Cigarren —
empfiehlt bei billigster Preisnotirung.
Wiederverkäufern angemessenen Rabatt.
Billigere Sorten mit 25 % Rabatt.

Adolph Kuss.

Das anerkannt beste Toilettenmittel, welches die Kopfhaut von allen Schinnen befreit, das lästige Zucken beseitigt und das Ausfallen der Haare sofort unterbricht, ist wohl das bewährte Schinnen-Wasser aus der Fabrik von Hutter & Co. in Berlin, Niederlage bei **A. Teuchert** in Elbing, Fischerstraße No. 36, in Flacons à 15 Sgr., welches eine leicht ausführbare, sorgfältige Reinigung der Kopfhaut bewirkt.

Extrait Japonais,
neu erfundenes Haarfärbemittel, mit welchem man jede beliebige Farben-Nuance, blond, braun, bis ganz schwarz, sofort ächt herstellt. Kein Mittel ist bekannt, welches so schön und ohne alle Nachtheile färbt. In Etuis à 1 Thlr.

Fabrik von Hutter & Co. in Berlin, Niederlage bei **A. Teuchert** in Elbing, Fischerstraße No. 36.

Apfelwein, 14 Fl. 1 Thlr., à Anker von 30 Quart 2½ Thlr., excl. **Borsdorfer-** ganz vorzüglich, 10 Fl. 1 Thlr., Auf. 4 Thlr., excl. Aufträge gegen Baarsendung oder Nachnahme. Berlin. **F. A. Wald.**

Mein reichhaltiges Lager von **Cigarren, Rauch- u. Schnupftaback** empfiehlt ich bestens.

Moritz Mühle,
alter Markt No. 62.

Gut brennende Maschinen- und Nuß-Kohlen
empfiehlt bei freier Anfuhr billigst

B. T. Barthels,

Hofplatz am Elbing und Stadthofstr. Das Schröter'sche Grundstück in Böllwerk soll den 19. December gerichtet verkauft werden, welches Käufern hiermit bekannt gemacht wird.

Diese nach den neuesten wissenschaftlichen Grundsätzen und mit Benützung tausendfältiger, in 16jähriger entschieden erfolgreicher Praxis erworbenen Erfahrungen verfasste medicinische Schrift enthält in einem 254 Seiten starken Bande eine ausführliche und populaire Darstellung aller (geheimen) **Geschlechts-Krankheiten** und deren **Folge-Uebel, Schwäche-Zustände, Impotenz, Unfruchtbarkeit,** etc., sowie Rathscläge über die bewährtesten Schutzmittel gegen Ansteckung, und die nothwendigen Maassregeln gegen die traurigen Folgen geheimer Jugendsünden.— Zu haben bei'm Verfasser, Wien, Stadt, Tuchlauben 557, während der täglichen Ordinationsstunden von 12 — 4 Nachmittags.

Eine neue Sendung von Geldbeuteln, von russischem Renthierleder mit Silber- und Neusilberschloß, zu Geschenken, ihrer Haltbarkeit wegen, sich besonders eignend, hat erhalten

E. Borishoff.
Engl. Maschinen- u. Nusskohlen verkauft bei freier Anfuhr billigst

A. Volekman.

Atteste
über den weißen Brust-Syrup aus der Fabrik von G. A. W. Mayer in Breslau.

In meinen Jugendjahren, — ich zähle 67 Jahre, — litt ich in Folge heftiger Erkrankung gar oft an falscher Halsbräune. In meinem späteren Berufe als Lehrer in zahlreichen Klassen und Vorsänger in einer großen Stadtkirche ward jenes Uebel ein dauernder, bedenklicher Husten mit den heftigsten Brustbeschwerden, Krämpfen, die in der Brust begannen, den ganzen Körper ergripen. Schon vor 25 Jahren sprach mir mein Arzt als einem Halsschwindsüchtigen das Leben ab. Auch in meinem jetzigen Berufe als Landprediger versorgte mich bei aller Behutsamkeit und ärztlichen Hilfe jenes Uebel, das mit den Jahren zunahm. Da griff ich zu dem Brust-Syrup des Herrn G. A. W. Mayer. Nach dem Gebrauche dreier Halbflaschen aus der Niederlage des Herrn J. F. Lehmann in Neubrandenburg ist mein Husten nicht verschwunden, — das wäre ein Wunder zu nennen, — aber so selten und so wenig mich erfreidend geworden, daß ich ohne Beschwerden Morgens und Abends den von den Halsdrüsen abgesonderten Schleim beseitige, trefflich schlafé und mit regem Appetit esse. Das der vollen Wahrheit gemäß, für Leidende, die, wie ich früher, sich für schwindsüchtige Todes-Candidaten ansahen mögten.

Rülow bei Neubrandenb. in Mellenb.-Str., im November 1855.

(L. S.) **J. F. Sponholz**, Prediger.
Eine Niederlage von oben erwähntem Brust-Syrup übergab ich dem Kaufmann Herrn Michael Hamm in Liegenhof, in Flaschen à 60, 30 und 15 Sgr.

Breslau, im Mai 1856.

gez. G. A. W. Mayer.

Eine Häckselmaschine und ein Familien-schlitten stehen billig zum Verkauf bei

Johann Martens, in Alt Rosengart.

Bei G. Wiehler in Sparau, nahe bei'm Bahnhof Grunau, stehen 3 frischmilchende Kühe, so wie 2 fette Schweine zum Verkauf.

Eine frischmilchende Kuh ist zu verkaufen bei

F. Klatt in Eschenhorst.

Zur Wahl des zweiten Vorsteigers und zweier Repräsentanten des Gemeindeguts der Altstadt ist ein Termin

Donnerstag den 27. November
Vormittags 11 Uhr

im Saale der Herren Stadtverordneten angesetzt, wozu die stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindeguts der Altstadt mit der Verwarnung eingeladen werden, daß die Nichtig-scheinenden den Beschlüssen der Mehrheit der Anwesenden als zustimmend erachtet werden.

Der Vorstand.

Gustav Schmidt

in Elbing,

empfiehlt sich zur Besorgung von Kapitalien auf sichere Wechsel und ländl. Besitzungen, so wie zur Vermittelung des An- und Verkaufs von Hypotheken-Dokumenten, Wertpapieren, Landgütern und von Pachtungen.

Ein tüchtiger **Brenner**, der zugleich die mit der Brennerei verbundene Dampfmaschine zu führen im Stande ist, findet **sogleich** ein gutes Placement im Dominium **Pan-**
genau bei Freistadt i. Westpr.

Auf der Domaine **Smentau** bei Czerwinski ist für einen gebildeten jungen Mann eine Stelle zur Erlernung der Landwirtschaft offen.

Pape, Administrator.

An Magenkampf und Verdauungsschwäche etc.

Leidende erfahren Näheres über die Dr. Doeck'sche Curmethode durch eine soeben erschienene Broschüre, welche gratis ausgegeben wird in der Expedition dieses Blattes.

Wechsel werden stets billigst diskontiert, wie auch Dokumente werden gekauft durch **Nomber**, Mauerstraße No. 7., 2 Tr.

Die Inhaber von Lotterie-Loosen, welche dieselbe Nummer auch für die nächste Lotterie beibehalten wollen, ersuche ich, die Loosen bis zum 20. d. M. bei mir zu entnehmen; später werden die Loosen anderweitig verkauft.

Joh. F. Silber.

Am 15. d. M. ist mir am Berlinerthor ein Korb, darin ein Damenmantel und mehrere andere Sachen vom Wagen verloren gegangen. Dem Finder welcher denselben bei Herrn Abr. v. Riesen, Wasserstr., abgibt, sichere 2 Thlr. Belohnung zu.

Joh. Wenzel, Schiffer, in Thiergarth.

Sonnabend den 22. d. Mts. werden bei mir Gänse verwürfelt. Ich bitte um zahlreichen Besuch.

Neukirch. **G. Bessau.**

Freitag den 21.: Gänse-Berwürfelung bei

Nießen in Neuhoef.

Sonnabend, den 22. d. Mts.: **Gänse-Berwürfelung**, wozu einladet

Gor. v. Riesen,

in Clemensfahre.

Gedruckt und verlegt von Agathon Wernich in Elbing.
Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber Agathon Wernich in Elbing.

Beilage

Beilage zu No. 95. der Elbinger Anzeigen.

Mittwoch, den 19. November 1862.

Die Landtags-Session.

II.

Die Budget-Kommission des Hauses der Abgeordneten war so zusammengesetzt, daß die entschiedensten Führer der Fortschrittspartei in derselben einen überwiegenden Einfluß ausübten, die vereinzelten Stimmen der Mäßigung und einer besonnenen Würdigung der Militairfrage dagegen zu keiner Geltung gelangen konnten. Die Vertreter derjenigen Auffassung, welche von 1859 bis 1861 in der großen Mehrheit des Landtages geherrscht und die Reorganisation im Ganzen nur vorbehaltlich gewisser Modifikationen und der gesetzlichen Regelung gebilligt hatten, befanden sich in der jetzigen Budget-Kommission in ohnmächtiger Minorität; die eigentlichen Führer der altliberalen Partei aber, unter deren Auspicien und Einflusse das Werk in's Leben gerufen war, blieben von den Vorberathungen des Budgets völlig ausgeschlossen. Schon hierin war ein offenkundiges Anzeichen zu finden, daß die gegenwärtige Landesvertretung sich nicht bloß in Gegensatz gegen das Verhalten der Staatsregierung, sondern eben so sehr gegen die bisherigen Auffassungen des Landtages zu setzen entschlossen war.

Ungeachtet dieser sehr entschiedenen Haltung war es doch sehr überraschend, als die Kommissionsberathungen schließlich zu einem rein negativen Ergebniß, zum Vorschlag der bloßen Ablehnung der gesammten Ausgaben der Reorganisation schon für das Jahr 1862 führten, ein Beschluss, dessen tatsächliche Bedeutungslosigkeit von vorne herein einleuchtete. Ein Theil der Kommissionsmitglieder (vom linken Centrum) hatte offenbar für die vorläufige Absetzung der bezüglichen Position, an deren wirkliche Ersparung oder Versagung bei der Lage der Verhältnisse kein Mensch dachte, noch denken können, nur in der Voraussetzung gestimmt, daß durch die Annahme einer der zahlreichen Resolutionen, welche schon in der Kommission vorgeschlagen waren, einerseits der anscheinend bloß verneinende Sinn jenes Votums gemildert, andererseits der Weg angedeutet werden würde, auf welchem eine positive Erledigung der schwebenden Differenzen erfolgen könnte.

Aber auch hier zeigte sich, wie immer, daß eine Einigkeit zum bloßen Verneinen viel leichter zu erreichen ist, als eine Übereinstimmung zu positiven Vorschlägen; nachdem die Absetzungen erfolgt waren, fand keine jener Resolutionen eine Mehrheit der Stimmen, und die Kommission trat lediglich mit dem Antrag vor das Haus, die ganze Reorganisation, das unter Mitwirkung dreier Landtage vollbrachte Werk König Wilhelms, schlechthin zu negiren.

Die radikale Auffassung der entschiedensten Fortschrittspartei hatte in der Kommission gesiegt, alle angeblich „gemäßigteren“ Ansichten hatten sich ihr untergeordnet, und die Vertreter jener Auffassungen verkündeten den Sinn des Votums dahin: das Abgeordnetenhaus wolle die Reorganisation schlechterdings nicht, wolle vielmehr auf den Etat und die Wehrseinrichtungen vor 1859 zurückgehen; sei das Geld für 1862 schon verausgabt, so habe die Regierung sich vor Allem zur Umkehr zu entschließen, dann könne sie hinterher die nochirägliche Genehmigung der unviederbringlichen Ausgaben erhalten.

Als das Plenum des Abgeordnetenhauses am 1. September in die Berathung des Militair-Etats eintrat, gab der stellverrende Vorsitzende des Staatsministeriums, Herr von der Heydt, Namens der Staatsregierung eine Erklärung ab, welche in einem Rückblick auf die frühere Entwicklung der Reorganisation den Nachweis führte, daß weder von der Regierung beabsichtigt, noch von dem Landtage erwartet sei, daß die Umgestaltung des Heeres nur eine temporaire Maßregel sein solle, daß vielmehr Einverständnis darüber geherrscht, wie dieselbe im Interesse des Landes und des Heeres unabsehbar dauernd geboten sei; die definitive Regelung sei lediglich dadurch aufgehalten worden, daß hierzu vom Landtage eine Änderung des Gesetzes für erforderlich erachtet worden sei. Durch die von dem früheren Abgeordnetenhaus im vorigen Jahre gefaßte Resolution sei klar ausgesprochen worden, daß es nicht in der Absicht derselben gelegen habe, die Beseitigung der

bestehenden Heereseinrichtungen vom 1. Januar 1862 ab zu verlangen; durch die Bewilligung der Steuerzuschläge bis zum 1. Juli 1862 sei gleichfalls ungwidrig anerkannt worden, daß der Landtag der Regierung die Mittel zur Besteitung der Kosten der Reorganisation auch für dieses Jahr habe gewähren wollen. Das seit 12 Jahren bestehende Verfahren, nach welchem die gesetzliche Feststellung des Etats erst gegen die Mitte des Etatsjahres erfolge, habe der Regierung überdies keine Wahl gelassen, ob sie jene Ausgaben auch über den 1. Januar hinaus leisten lassen wolle oder nicht. Sie würde offenbar gegen das Interesse des Landes und gegen die Absichten seiner Vertreter gehandelt haben, wenn sie jene Ausgaben eingestellt hätte.

Nach Angabe der Gründe, warum die Wiedervorlegung des verlangten Gesetzes in der Session unterblieben sei, erklärte der Minister auf das Bestimteste, daß die Regierung in der nächsten Winteression eine Gesetzesvorlage über die Wehrpflicht einbringen werde und fügte hinzu: die Regierung glaube mit dieser Erklärung die erhobenen Bedenken um so mehr als beseitigt ansehen zu dürfen, als sie nach wie vor anerkenne, daß die zeitige Formation der Armee, in soweit solche eine dauernde Erhöhung des Etats oder eine anderweitig gesetzliche Regelung der Dienstverpflichtung erfordere, so lange als eine definitive nicht betrachtet werden könne, als dazu nicht die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtages ertheilt sein werde, daß mithin durch die Bewilligung des Etats für 1862 dem künftigen Beschlüsse über die Wehrverfassung in keiner Weise präjudiziert werden solle. Sofern Wenth darauf gelegt werden sollte, die Ausgaben ebenso wie 1861 in das Extraordinarium des Etats zu übertragen, werde die Staatsregierung dem nicht entgegen sein.

Der Minister erinnerte an die Zugeständnisse, die durch Verzichtleistung auf die Steuerzuschläge und durch eine faktische Reduction der Dienstzeit auf 2½ Jahre bereits gemacht seien, daß aber hiernach eine Ermäßigung der Ausgaben für 1862 nicht mehr möglich sei, indem schon jetzt in der Infanterie nur zwei Jahrgänge sich bei den Fahnen befinden.

Er wies ferner nach, wie die Finanzlage des Staates nicht das mindeste Bedenken gegen die Genehmigung des Etats für 1862 begründe, da die Einnahmen sich so günstig gestaltet haben, daß auch der früher in Aussicht genommene Zuschuß aus dem Staatschafe weder für 1861 noch für 1862 erforderlich sei.

„Die Staatsregierung“, fuhr Herr von der Heydt fort, „ist sich bewußt, daß sie zur Verabschiebung der Kosten der Armee-Reorganisation der nachträglichen Zustimmung des Landtages ebenso bedarf, wie zu allen übrigen Ausgaben, welche vor gesetzlicher Feststellung des Etats geleistet sind, und sie glaubt auf diese Zustimmung um so mehr mit Sicherheit rechnen zu dürfen, als nachgewiesen ist, daß die fraglichen Ausgaben nicht zu vermeiden waren und im guten Glauben geleistet sind, daß eine weitere Ermäßigung derselben nicht thunlich ist und daß zu ihrer Deckung hinzügliche Mittel in den gesetzlich bewilligten Einnahmen vorhanden sind.“

Der Umstand, daß das Gesetz, durch welches die Wehrpflicht allgemein geregelt werden soll, nicht in der gegenwärtigen Session, sondern erst in der folgenden, also wenige Monate später, vorgelegt werden soll, kann es nicht rechtfertigen, durch Versagung der nötigen Mittel eine Situation zu erzeugen, welche geeignet ist, die Ordnung im Staatshaus halte in der bedenklichsten Weise zu stören, die innere Verwaltung des Landes zum größten Nachtheile der wichtigsten öffentlichen Interessen zu lämmen und die Regierung dem Auslande gegenüber in eine Lage zu bringen, welche ihr auch die Lösung der nach dieser Richtung hin obliegenden Aufgaben erschwert.“

„Die Staatsregierung“, so schloß der Herr Minister, „erkennt mit der Kommission an, daß die Verfassung das Zustandekommen eines Etats-

gesetzes unbedingt voraussetzt. Wenn aber die Kommission gleichwohl die Ablehnung der Ausgaben für die Reorganisation der Armee empfiehlt, und schon bis an die äußerste Grenze zu gehen glaubt, indem sie sämtliche zur Existenz des Staates nothwendige Ausgaben bewillige und für das Heer nur die Summe, welche bis zum Jahre 1860 ausgereicht habe, zugestehe, so kann sie sich darüber nicht täuschen, daß sie durch diese Vorschläge das Zustandekommen eines Etatsgesetzes unmöglich macht, weil sie die Thatache gänzlich unberücksichtigt läßt, daß die Ausgaben für 1862 großenteils bereits geleistet sind und in den letzten Monaten Ersparnisse nicht mehr gemacht werden können.“

„Indem die Staats-Regierung die ernste Erwägung dieser Erklärung dem hohen Hause empfiehlt und hierdurch wiederholt, daß es ihr fern liegt, die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses zu beeinträchtigen, indem sie vielmehr ausdrücklich anerkennt, daß alle Ausgaben der Zustimmung des Landtages bedürfen, und die Zustimmung erneuert, daß sie in der nächsten Session das gewünschte Gesetz über die Leistung der Wehrpflicht vorlegen wird, kann sie, in dem Bewußtsein, daß sie nach Lage der Verhältnisse im allgemeinen Staats-Interesse nicht anders, als geschehen, verfahren konnte, der Beschlusnahme mit der Beruhigung entgegensehen, welche die Überzeugung gewissenhafter Pflichterfüllung gewährt. Die Staats-Regierung ist sich bewußt, durch thatächliches Entgegenkommen ihr aufrichtiges Bestreben an den Tag gelegt zu haben, eine Lösung der obschwebenden Frage zu erleichtern; sie beharrt auch ferner in dieser Gewissheit; aber sie darf auch nicht unterlassen, der Landes-Vertretung die ganze Schwere der Verantwortung vor Augen zu stellen, welche auf einer Versagung der nach Lage der Sache durchaus unentbehrlichen und nachweislich vorhandenen Mitteln ruhen würde.“

Durch diese Erklärung waren alle prinzipiellen Bedenken, welche vom Standpunkte der Legalität in Bezug auf das Vorgehen der Regierung gestellt gemacht worden, in soweit berücksichtigt, als es bei der Berathung des Etats für 1862 überhaupt geschehen konnte.

Indem die Regierung 1) unumwunden anerkannte, daß die Formation der Armee, in soweit damit eine dauernde Erhöhung des Etats oder eine Veränderung des Gesetzes verbunden sei, als eine definitive nicht betrachtet werden könne, so lange die Zustimmung der Landesvertretung dazu nicht erfolgte, indem sie deshalb 2) sich eventuell damit einverstanden erklärte, daß die Kosten der Reorganisation, statt im Ordinarium, wiederum nur im Extraordinarium bewilligt würden, indem sie 3) die Vorlage des Gesetzes im Januar 1863 auf das Bestimteste in Aussicht stellte,

indem sie 4) anerkannte, daß sie wegen der seit Beginn des Jahres 1862 geleisteten Ausgaben der nachträglichen Genehmigung des Landtages bedürfe,

war augenscheinlich allen begründeten Anforderungen in Betreff der formellen Legalität in Bezug auf die Vergangenheit und in Betreff der Annahme einer weiteren streng gesetzlichen und verfassungsmäßigen Entwicklung der Sache für die Zukunft genügt, — und es wäre zu erwarten gewesen, daß Diejenigen, welchen angeblich an einer friedlichen Lösung des Konflikts gelegen war, sich durch diese Erklärungen zunächst insoweit befriedigt finden würden, um das Budget für 1862, an welchem nach allseitigem Eingeständnis tatsächlich nichts mehr zu ändern war, zu genehmigen, die Erledigung der sachlichen Bedenken in Bezug auf die Reorganisation selbst aber für die Berathung des Etats von 1863 vorzubehalten.

Eine solche vorläufige Beilegung des Streites hätte jedoch den Plänen der Fortschrittspartei nicht entsprochen; sie wollte nicht eine Vereinigung über die Heeresreform, sondern deren Wiederaufhebung, nicht eine friedliche Ausgleichung der Differenzen, sondern den Kampf gegen die bestehenden Gewalten, und sie hatte sich der „Mittelparteien“ fest genug versichert, um es auch über den Etat für 1862, über welchen eigentlich ein Streit nicht mehr möglich war, doch zur

Verständigung nicht kommen zu lassen! Ungeachtet der Mahnung von Seiten der Regierung hat sie mit klarem Bewußtsein die Dinge dahin getrieben, daß das Zustandekommen eines Staatsgesetzes für 1862 eine Unmöglichkeit wurde. Auf sie fällt die Schwere der Verantwortung für die weitere Entwicklung.

Die Verhandlungen im Plenum des Abgeordnetenhauses, welche die Regierung mit der erwähnten entgegenkommenden und beruhigenden Erklärung eröffnet hatte, schienen einen günstigeren Verlauf nehmen zu sollen, als die Kommissionsverhandlungen, indem die hervorragendsten Führer der alt-liberalen Partei, welche von den Vorberathungen, wie erwähnt, ausgeschlossen gewesen waren, ihre Stimmen für die wesentlichen Grundlagen der Neorganisations, so wie für die Verfassungsmäßigkeit und Legalität des bisherigen Verhaltens der Regierung, erhoben, dagegen die Anträge der Kommission in ihrer vollen Richtigkeit und Unaufführbarkeit den Thatsachen gegenüber darlegten.

Herr von Patow wies schlagend nach, daß die Neorganisation in ihrer seitherigen Ausführung nicht bloß das Gesetz von 1814 beachtet habe, sondern daß auch in keinem Stadium und Vorgange seit 1859 die Rechte der Landesvertretung in irgend einem Punkte verletzt worden seien. Wenn aber in Betreff der Veranschlagung für 1862 vor erfolgter Feststellung des Budgets verlangt werde, daß die Regierung einen besonderen Indemnitäts-Antrag stelle, so liege der Fall einer Indemnität allerdings vor, aber ganz eben so, wie er in allen Budgets seit 12 Jahren stets vorgelegen habe. Die Indemnität sei Jahr für Jahr bewilligt worden, eben durch die Bewilligung des Budgets selbst. Das von der Regierung befolgte Verfahren sei stets seit 12 bis 13 Jahren inne gehalten und von Niemand gerügt oder bemängelt worden.

Der Abgeordnete v. Vincke sprach in glänzender Rede für die Neorganisation, ihrem Wesen und ihren Hauptzwecken nach, vorbehaltlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit und einzelner Modificationen, wies aber ferner nach, wie alle abweichenden Auffassungen doch jedenfalls erst beim Etat für 1863, nicht mehr bei dem für 1862, um den es sich zunächst handelte, zur Geltung kommen könnten. Die von der Kommission vorgeschlagenen Streichungen würden daher völlig illusorisch sein: Die Mittel seien verausgabt und nicht wieder herbeizuschaffen. Aber die Regierung sei auch, als sie die Ausgaben mache, in völlig gutem Glauben gewesen. Unter Bezugnahme auf die allseitig und ohne jeglichen Widerspruch geäußerten Überzeugungen bei den Berathungen des vorigen Jahres wies er unwiderleglich nach, wie die Regierung berechtigt gewesen sei, die im Extraordinarium bewilligten Ausgaben der Neorganisation auch nach dem 1. Januar 1862 bis zur Feststellung eines neuen Budgets ganz eben so zu betrachten und weiter zu leisten, wie es mit den im Ordinarien bewilligten seit 12 Jahren geschehe.

Selbst die vorsjährige Minorität, welche die Ausgaben nicht einmal im Extraordinarium gewähren wollte, habe ausdrücklich hervorgehoben, daß die Ausgabe, wenn sie einmal in's Extraordinarium pro 1861 aufgenommen sei, eben so im Etat pro 1862 angesetzt werden, und daß es alsdann im Ermessen des Kriegsministers stehen würde, über dieselbe zu verfügen, bis der Etat für 1862 festgestellt sei. So habe man damals ohne Widerspruch den Antrag der Bewilligung im Extraordinarium ausgelegt, und so sei er im ganzen Hause verstanden worden. Wenn nun auch das jetzige Haus nicht an alle Meinungen des vorigen gebunden sei, so können doch die damals gefassten Beschlüsse nicht geändert werden, und man könne sie nicht anders interpretieren wollen, als nach dem Geiste, worin sie ohne Widerspruch eines Mitgliedes gefasst worden seien. Man müsse daher auch jetzt dem Ministerium Recht geben, wenn es behauptete, daß die Regierung im guten Glauben sein konnte, sie sei wirklich berechtigt, so lange bis der neue Etat zu Stande komme, den alten Etat in Wirksamkeit zu belassen. Was daher das Jahr 1862 betreffe, so sei der Landtag nicht berechtigt, an der betreffenden Position noch etwas zu ändern; wenn man es aber dennoch thue, würde man dem Lande nichts damit nützen. Wenn das Haus seine verfassungsmäßigen Befugnisse zu üben habe, so müsse es, wenn die constitutionelle Verfassung in Preußen eine Wahrheit werden solle, bei jedem Alte politischer Thätigkeit die

alleräußerste Mäßigung eintreten lassen. Der vorgeschlagene Besluß aber würde weit über die Gränen der Mäßigung hinausgehen. Man würde damit weder für das Haus, noch für das Land etwas erreichen; das Einzige, worin der Besluß praktisch werden könnte, wäre eine Desorganisation des Heeres, es würden damit die Wohlthaten der Neorganisation aufgegeben, die in ihren Grundprinzipien von dem Lande und in früheren Sessioen von allen Mitgliedern des Hauses anerkannt worden seien. Das Gute, das man wolle, werde aus dem Feaster geworfen und dessen Herstellung auf lange unmöglich gemacht, weil man gegen einen kleinen Theil des Planes begründete Bedenken zu machen habe; auf solche Weise aber dürfe man die Geschäfte des Landes nicht betreiben. Man sei nicht berechtigt, um des Misstrauens willen, das der Eine oder der Andere gegen die Minister habe, dem Lande zu schaden, und das thue man entschieden; denn man mache das Land wehrlos, und wehrlos bedeute „ehrlos.“ Man werde auf diese Weise die Landwehr nicht wieder in's Leben rufen, sondern nur das Heer desorganisieren und sich dadurch den Verhältnissen in Europa und Deutschland gegenüber auf das Schwerste verantwortlich machen.

Selbst ein hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei, der Abg. Twesten, mache auf die große Bedenlichkeit und praktische Unzulässigkeit der von der Kommission gestellten Anträge laufmerksam: „Hält man es faktisch für unthunlich, auf den Zustand von 1859 zurückzuföhren, oder will man es ernstlich gar nicht, will man nicht das, was man durch das Urtheil über den Etat scheinbar verlangt, dann stellt man sich auf den Boden eines formalen Prinzips, welches die realen Verhältnisse mißachtet und in der Politik niemals Dauerndes schaffen oder erhalten kann. Man sagt etwas, was nicht ist; man beschließt, was man gar nicht ausgeführt haben will; es ist das eine Politik der Agitation und Demonstration, -- welche eine gedeihliche Entwicklung unserer parlamentarischen Zustände unmöglich macht. Statt materielle Vortheile für 1863 zu erreichen, ruft man jedenfalls für den Augenblick große Unregelmäßigkeiten in dem ganzen Staatshaushalte hervor.“

Man ruft aber auch durch einen solchen Besluß außerhalb des Hauses die Täuschung hervor, als wenn man das, was gestrichen und abgesetzt wird, wenn nicht für den Augenblick, so doch für die Zukunft wirklich erspart werden sollte, und ich glaube, eine solche Illusion würde entweder später eine Enttäuschung hervorrufen, welche der Autorität dieses Hauses schweren Schaden bereiten würde, -- oder sie würde weiter und weiter zu Schritten treiben, welche einen immer schwereren Bruch unvermeidlich machen.“

Die Staats-Regierung hielt ihrerseits an den bei Eröffnung der Diskussion aufgestellten Grundsätzen im Allgemeinen fest, ließ jedoch in Verfolg der schon dort angedeuteten Bereitwilligkeit zu weiterer Verständigung auf dem legislativen Gebiet auch ferner deutlich erkennen, daß sie eine Berücksichtigung der sachlichen und prinzipiellen Bedenken, da wo dieselben eine tatsächliche Bedeutung erhalten können, nämlich bei der Feststellung des Budgets für 1863, nicht von der Hand wisse.

Der Herr Kriegsminister erklärte schon in seiner ersten Rede: „Will die Regierung ihr Budget pro 1863 durchbringen, so finde ich es ganz begreiflich, daß die Herren sagen: erst das Gesetz, erst nähere Kenntnis von den Intentionen der Regierung, dann wollen wir uns darüber entscheiden, ob wir dies Budget pro 1863 annehmen können oder nicht.“ (Der stenographische Bericht erwähnt dabei: „Bewegung in der Versammlung.“)

„Aber“, fuhr Herr v. Noen fort, „es handelt sich bei dem Budget pro 1862 um etwas ganz Anderes, es handelt sich um Bewilligung eines Budgets, das in gutem Glauben aufgestellt und in gutem Glauben verausgabt ist bis auf einen Rest, der alle Reductionen ausschließt. Insofern Sie der Regierung die Bewilligung versagen wollen, wenn sie dieses Votum durchaus abgeben wollen, so tritt nach meiner festen Überzeugung an Sie Alle die Frage heran: Leisten wir dem Lande damit einen Dienst?

Erfüllen wir damit unsere Pflichten gegen das Land?“

So entschloß die Regierung an ihrem guten Recht in der Behandlung des Budgets für 1862 festhielt, so sehr zeigte sie sich im Laufe der Verhandlungen immer mehr bereit, die weitere definitive Regelung der Organisationsfragen bei Gelegenheit des Budgets für 1863 im Entgegenkommen gegen die Wünsche des Hauses in nochmalige Erwägung zu nehmien. Wenn bei'm Etat für 1862 wesentliche Veränderungen und Verkürzungen nicht mehr thunlich waren, so wollte doch auch höchst die Regierung nochmals ihren Wunsch zur Verständigung und namentlich zur Annahme einer solchen für die weiteren Stadien der Berathung bestanden.

Es schien, als wären die überzeugenden Hinweisungen der erwähnten Redner auf die praktische Unzuträglichkeit und die bedecklichen Folgen der beabsichtigten Beschlüsse nicht ohne Wirkung auf einen Theil der Mehrheit geblieben. Der Finanzminister v. d. Heydt hatte seinerseits dringend gemahnt, nicht Umstände herbeizuführen „unter denen etwas geschehen müsse, was nicht ausdrücklich in der Verfassung geschrieben sei.“ Eine Anzahl von Abgeordneten der Minorität, namentlich von der alt-liberalen Partei, setzten allen ihren Einfluß daran, den Eintritt solcher Eventualitäten zu verhindern, und gaben sich der Hoffnung hin, daß ein neuer Beweis des Entgegenkommens der Regierung in diesem Stadium einen Theil der bisherigen Majorität zum Aufgeben der bisherigen schroffen Stellung bestimmen würde. Hieraus entstand die viel besprochene „Episode“ vom 17. September.

Der Abgeordnete v. Vincke nahm einen (früher Stavenhagenschen) Vorschlag wieder auf, welcher dahin ging:

vorbehaltlich der im Etat für 1863 vorzunehmenden Reductionen, welche sich bei der seit 1860 provisorisch bestehenden Formation der Armee im Einzelnen und namentlich durch Beschränkung in der Dienstzeit als ansfahrbare ergeben, — für das Jahr 1862 die im Berichte der Budget-Kommission als „Kosten in Veranlassung der Neorganisation“ ausgesonderten Ausgaben — mit Ausnahme einer Reihe (näher spezialisierte) noch für 1862 abzusehender Ausgaben, in Summa 223,435 Thlr. — als Extraordinarium zur ferneren provvisorischen Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Armeereorganisation zu genehmigen.

In Folge dieses Vorschlags erklärte der Herr Kriegs-Minister Folgendes:

„Meine Herren! Es ist der Regierung vorgehalten worden, daß es ihr an Entgegenkommen fehle in Bezug auf die vorliegende Frage. Man ist so weit gegangen, zu meinen, die Regierung suche den Konflikt. Um den Beweis zu geben, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft, habe ich die Ermächtigung und damit den Auftrag erhalten, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß die Regierung das Amendement, das gegenwärtig von Herrn v. Vincke wieder aufgenommen ist, für 1862, in Beziehung auf das Resultat für annehmbar hält, wiewohl es ihr außerordentlich schwer wird, die in diesem Amendement bezeichneten Reductionen in dem Etat, der bereits zum großen Theil konsumirt ist, noch auszubringen. Namentlich wird es ihr schwer werden, an denjenigen Stellen, welche das Amendement ausdrücklich bezeichnet, diese Reductionen vorzunehmen; aber jedenfalls wird das hohe Haus sich überzeugen, daß die Regierung mit dieser Bereitwilligkeit dokumentirt, daß sie keinenfalls auf ein Konflikt spekulirt. Nun ist ja in diesem Amendement, wenn ich es richtig verstehe, ein Vorbehalt gemacht worden in Bezug auf den Etat von 1863, und ein weiteres Amendement der Herren Stavenhagen, v. Sybel, Schubert und Twesten für den Etat pro 1863 liegt gleichfalls bereits vor, wiewohl dieser Etat selbst gegenwärtig noch nicht zur Diskussion gestellt ist. Ich bin mir darüber gar nicht unklar, daß das Amendement für das Jahr 1863 eigentlich den Kern der Frage berührt. Ich glaube, daß es sich empfehlen wird, späterhin über die Stellung der Regierung zu diesem Amendement eine bestimmtere Erklärung abzugeben. Ich meine aber schon gegenwärtig mich beziehen zu können auf meine vorgestrige Erklärung,

welche ausdrücklich darzuthun suchte, daß, selbst wenn die Regierung auf eine weitere fakalische Verkürzung der Dienstzeit eingehen wollte, sie doch Bedenken tragen müßte, dies in der Weise zu thun, wie das in den Kommissions-Verathungen und in dem Amendedement der Herren Stavenhagen u. s. w. ausgedrückt ist. Ich glaube, daß so mancherlei technische Erwägungen in medio sind, daß selbst für diesen Fall sehr gründlich und ernstlich an Compensationen gedacht werden müßte, welche unerlässlich sein werden, wenn die Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung und mit Rücksicht auf die Stimmung in diesem Hause selbst zu einem Schritte sich entschloße. Ich muß mir also meine Erklärungen in dieser Beziehung vorbehalten. Ich glaube, meine heutige Auslassung wird darthun, daß die königliche Staats-Regierung überhaupt leinesweges auf das spekulirt, was man einen Konflikt nennt, sondern daß die Regierung vielmehr das Bedürfniß fühlt, eine Einigung über die obschwende Frage herbeizuführen."

In dieser Erklärung war das Maß dessen, wodurch die Regierung ihre Bereitwilligkeit zur weiteren Verständigung in jenem Stadium zu befunden im Stande war, bestimmt angegeben. Die Reduction der Ausgaben für 1862 wurde mit dem ausdrücklichen Vorbehalte acceptirt, daß die Regierung sich dabei nur an die Gesamtsumme halten könne, — indem ferner in Bezug auf die Organisation selbst weitere Erwägungen bei Verathung des Budgets in Aussicht genommen wurden, verhiehlte der Herr Minister keinesweges, daß die Regierung, wenn sie auf eine weitere fakalische Verkürzung der Dienstzeit eventuell einzugehen vermöchte, dies doch nicht unter den von den Urhebern des Amendedements vorausgesetzten Modalitäten der Fall sein könnte. Ungeachtet dieser ausdrücklichen und sehr bestimmten Vorbehalte machte die Erklärung der Regierung doch einen so tiefen Eindruck im Hause, daß die Aussetzung der Verhandlungen Behufs nochmaliger Verathung in der Kommission beschlossen wurde. Offenbar war das Bedürfniß nach Einigung, welches die Regierung ihrerseits ausgesprochen, einen Augenblick auch im Hause so mächtig, daß das sofort (durch das Organ des Herrn von Hennig) hervortretende Bestreben der Fortschrittspartei, diesen Eindruck niederzuhalten, fürerst erfolglos blieb.

In der Budget-Kommission aber gelang es sehr bald, den Keim einer versöhnlichen Stimmung wieder zu unterdrücken: indem man, anknüpfend an die Ausserungen des Ministers, den Versuch machte, sofort positive Zugeständnisse in Betreff des Inhalts des künftigen Gesetzes zu erhalten, die er zu geben nicht im Stande war, Zugeständnisse in Betreff der prinzipiellen Erledigung der Militairfrage, deren Gewährung nach Lage der Urtände und nach den entschiedensten Erklärungen der Regierung in jenem Augenblicke nicht erfolgen konnte, drängte man den Minister zu einer weiteren Erklärung, die zwar Nichts von dem Inhalt der ersten Erklärung zurücknahm, aber die Regierung gegen weiter gehende Forderungen bestimmt verwahrte.

Dem ersten anscheinend freudigen Eindrucke folgte nun eine angebliche „Enttäuschung“, obwohl die Regierung das Maß dessen, was sie thatshäufig zuzustehen im Stande und entschlossen war, bereits in der Erklärung vom 17. November bezeichnet, und davon, wie gesagt, Nichts zurückgenommen hatte.

Die Kommission erklärte, daß sie einen Grund zur Unterbrechung der weiteren Verathungen nicht erkenne, und das Haus setzte dieselben in der Weise fort, daß die gesammten Reorganisations-Ausgaben gestrichen wurden, und daß daher ein Budget beschlossen ward, welches nach der Überzeugung der Majorität selbst gar nicht ausgeführt werden kann und von welchem ein Redner der Fortschrittspartei gesagt, daß „man es gar nicht ausgeführt haben will“.

Wir werden sehen, wie dieser Beschluß nach der Vorher sagung desselben Abgeordneten „weiter und weiter zu Schritten trieb, welche einen immer schwereren Bruch unvermeidlich machen.“

(Schluß folgt.)

National-Fonds.

Frisch auf, mein Volk! Des Königs Worte strahlen
Als Flammezeichen durch die trübe Nacht;
Des Königs Worte rufen Dich zur Wacht
Bei unser's Vaterlands gereihten Mälen.

Da liegt ein Schatz, nicht mit des Gelbes Zeichen,
Ein Fonds, zu Silberzins nicht angelegt;
Ein Schatz, in Tropfen Blutes ausgeprägt
Durch unsere Geschichte ohne Gleichen!

Wenn Untreu' sich mit läugnhaften Ehren
Besäuert gegen des Gewissens Spruch;
Wenn der Verath dem allgemeinen Fluch
Mit wildem Jubelrufe glaubt zu wehren;

Wenn, um den Haber grimmig zu vererben,
Parteien-Blindheit bietet Sündenlohn,
Und bietet ihn im Namen der Nation,
Die sie entgegen dränget dem Verderben:

Frisch auf, mein Volk! Es gilt für alle Zeiten,
Zu steuern jetzt dem frechen Lügengen, —
Der Dich auf trügerische Ziele weiß, —
Jetzt ist die Zeit, mit Mannesmuth zu streiten!

Die Lieb'-und Treu', der Sinn für Preußens Ehre, —
Der Opfermuth, den Du bekannt am Thron, —
Das ist der wahre Fonds der Nation,
Für diesen Schatz, mein Volk, sej' Dich zur Wehr!

Den Schatz befiehl von Neuem treuen Händen, —
Des Königs Hoffnung Preußens Volke an.
Frisch auf, mein Volk! Und Deine Pflicht gehan, —
So wird auch Gott Dein Loos zum Guten wenden!

Amtliche Verfüungen.

Bekanntmachung.

In unserer Bekanntmachung vom 21sten März d. J. (Staats-Anzeiger No. 71, 96. und 94.) sind die Schuldverschreibungen der Staats-Anleihen de 1850 und 1852, welche bis zum 30. April c. nicht zur Convertirung eingereicht würden, zum 1. Oktober d. J. gekündigt und deren Besitzer aufgefordert, den Kapitalbetrag vom 15. September c. an bei der Kontrolle der Staats-Papiere hier selbst, oder einer der Königlichen Regierungs-Hauptkassen in Empfang zu nehmen. Unsere Bekanntmachung vom 3. September d. J. (Staats-Anzeiger No. 206.) betrifft dieselbe Angelegenheit.

Obgleich wir für die mögliche Verbreitung dieser Bekanntmachungen durch die Zeitungen, die Amts- und die Kreisblätter Sorze getragen und in der erstgedachten Bekanntmachung Pos. 7 ausdrücklich bemerkt haben, daß mit dem 1. Oktober d. J. die Verzinsung solcher nicht convertirten Schuldverschreibungen aufhört, ist dennoch ein nicht unerheblicher Theil der Lebhaftes des Empfanges des Kapital-Betrages bis jetzt nicht eingereicht. Wir bringen deshalb jene Bekanntmachungen hiermit in Erinnerung.

Berlin, den 1. November 1862.
Haupt-Verwaltung der Staats-Schulden.

Polizei-Verordnungen.

Die für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirks erlassene, noch jetzt in Gültigkeit stehende Polizei-Verordnung vom 6. April 1852 — Amtsblatt pro 1852 Seite 97. — das Kollektiven betreffend, bestimmt bei Vermeidung einer Geldbuße von 1 bis 10 Thlrn. oder verhältnismäßiger Gefängnisstrafe, daß alle Kollektien, mit Ausnahme solcher, welche in Privat-Zirkeln veranstaltet werden, der polizeilichen Genehmigung, welche in den Städten der Ortspolizei-Behörde, auf dem Lande dem Landrathen zusteht, bedürfen; eine gleiche Genehmigung auch zu jeder öffentlichen Aufforderung zu milden Beiträgen erforderlich ist. Hierauf begeht zwar schon derjenige eine strafbare Handlung, welcher ohne Genehmigung die Sammlung von Beiträgen öffentlich bekannt macht; zur Begegnung aller Zweifel wird jedoch auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung pro 1850 Seite 265) für den ganzen Umfang unseres Verwaltungs-Bezirks noch ausdrücklich deklaratorisch festgelegt: Auch derjenige wird mit einer Geldbuße von 1 bis 10 Thlrn. oder verhältnismäßiger Gefängnis-Strafe belegt, welcher ohne polizeiliche Genehmigung die Sammlung von dergleichen Beiträgen anzeigt oder öffentlich bekannt macht.

Danzig, den 7. November 1862.

Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Die durch unser Amtsblatt pro 1843 No. 28. Seite 106 unterm 27. Juni 1843 publizierten Vorschriften des Rescripts des Königl. Ministerii des Innern vom 12. Juni 1843 über die Behandlung und Aufbewahrung des

sogenannten Maschinen-Auspuges, haben sich zum Schutz gegen Feuersgefahr in Wollspinnereien insfern als unzureichend erwiesen, als dieselben sich lediglich auf den Maschinen-Auspug beziehen und nicht auch Vorsichtsmäßigregeln gegen die Selbstentzündung anderer, unter diesem Ausdruck nicht mitbegriffener Wollabgänge enthalten. Da aber auch diese letztern, wenngleich in geringerem Grade, feuergefährlich sind und Fälle ihrer Selbstentzündung sich zugetragen haben, so wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) hierdurch für den diesseitigen Verwaltungsbereich bestimmt, daß keinerlei sonstige Wollabgänge, ungefettete so wenig als gefettete in den Arbeitsräumen der Wollspinnereien, und zwar weder freiliegend noch in Säcken aufgehäuft werden dürfen, vielmehr alle diese Wollabgänge in feuersicherer Räumen aufbewahrt werden müssen.

Wer dieser Polizei-Verordnung entgegen handelt, wird mit einer Geldbuße von 1 bis 10 Thalern, im Unvermögensfalle aber mit verhältnismäßiger Gefängnisstrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

Danzig, den 6. November 1862.
Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

In Folge höherer Anordnung wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) hierdurch festgelegt, daß Fuhrwerksführer, Reiter, Biehltreiber und Karrenzieher marschirenden Militair-Abtheilungen ausweichen und, falls kein Platz zum Vorbeipassiren vorhanden ist, anhalten müssen, bis die marschirende Abtheilung vorüber ist.

Wer dieser Polizei-Verordnung entgegen handelt, wird mit einer Geldbuße von zehn Silbergroschen bis zu drei Thalern, im Unvermögensfalle aber mit verhältnismäßiger Gefängnisstrafe bis zu vier Tagen bestraft.

Danzig, den 2. November 1862.
Königl. Regierung. Abtheilung des Innern.

Bekanntmachung.
Am 26. November c. von 9 Uhr ab im Zimmer No. 3. General-Auktion.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.
Die Jahresrechnung von dem Gemeindegut der Neustadt pro 1861 ist zur Einsicht der resp. Corporationsmitglieder auf 8 Tage in dem Kalkulator-Zimmer ausgelegt worden.

Elbing, den 12. November 1862.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Auf dem Kämmereri-Bauhofe wird eine Parthei altes Bauholz nebst einem Espen- und Linden-Rugholz am Donnerstag den 20. d. Mts.,

Vormittags 11 Uhr öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.

Elbing, den 10. November 1862.
Die städtische Bau-Deputation.

Bekanntmachung.
Ein der hiesigen Kämmereri gehöriges, durch Feuer theilweise zerstörtes Bagger Schiff, welches auf dem Bauplatze des Herrn Schiffbaumeister Fechter lagert, wird an Ort und Stelle

Montag den 24. d. Mts. Vormittags 11 Uhr öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Elbing, den 11. November 1862.
Die Bau-Deputation.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält Freitag, den 21. November c. Nachmittags 5 Uhr eine gewöhnliche öffentliche Sitzung.

Tagessordnung:
1) Notaien-Beantwortung der Elisabeth-Hospitals-Rechnung pro 1861. 2) Wahl der Einschätzungs-Kommission zur Einkommensteuer und zur Gebäudesteuer, Kämmereri- und Bau-Deputaten-Wahl. 3) Remunerationen und Unterfützung. 4) Steg über den Bleichergraben. 5) Pachtrest. 6) Bau-Etat pro 1863. 7) Betriebs-Bericht der Gasanstalt pro Oktober. 8) Einräumung des Saales zum Kreistage. 9) Einführung der neuen Magistratsmitglieder. 10) Entschädigung. 11) Kommunalsteuer-Reste. 12) Zuschlag zur Pacht des Schwinkowski'schen Grundstückes.

Bekanntmachung.

Drahtzäune.

Bei den geneigten Ebenen des Elbing-oberländischen Kanals sind einige Drahtseile nicht mehr für die erforderliche Sicherheit genügend und sollen daher verkauft werden.

Dieselben finden eine vortreffliche Verwendung zu Drahtzäunen. Die schwächsten Lizen, wie sie von den Seilen aufgedreht zur Anwendung kommen können, bestehen aus sieben Drähten, wiegen pro 100 Fuß etwa 3½ Pf. und misst die Stärke des feinsten Seils etwa ½ Zoll im Durchmesser.

Zum öffentlichen Verkaufe dieser alten Drahtseile habe ich einen Termin auf Donnerstag den 18. Dezember c.

Vormittags 11 Uhr im Krug zu Hirschfeld angezeigt.

Die Seile liegen an den geneigten Ebenen von Schönfeld und Hirschfeld, sind mit unverrückbaren Nummern versehen und können vorher in Augenschein genommen werden.

Zoelpf, den 13. November 1862.

Der Königliche Baurath.

Bekanntmachung.

Auf der im Bau begriffenen Kreis-Chaussee von Neidenburg auf Passenheim sollen im Laufe des Jahres 1863 folgende Steinsetzarbeiten ausgeführt und in öffentlicher Licitation vergeben werden.

Die Umlegung resp. Neulegung des Steinpflasters in der Vorstadt von Neidenburg und in den Dorfstraßen von Napiwoda und Mocisko mit Einschluss der Lieferung der hierzu erforderlichen Materialien in einer Ausdehnung von circa

280 Ruthen Kopfsteinpflaster,

280 Ruthen Rundsteinpflaster.

Zur Entgegennahme der Offerten habe ich einen Termin zum

28. d. M. Vormittags 10 Uhr im Chausseebaubüro zu Neidenburg anberaumt, zu welchem Unternehmer mit dem Beamer eingeladen werden, daß sowohl Kosten-Anschlag als Bedingungen der Nehernahme im Termin zur Einsicht vorliegen werden. Der Termin wird um 12 Uhr Mittags geschlossen.

Unbekannte Mitbieder haben eine baare Caution von 300 Thalern im Termine zu erlegen.

Neidenburg, den 14. November 1862.

Der Bauführer d. e.

v. Baczkó.

Ein Rest vorjähriger Wollmützen,

Chales u. dgl. verkaufe, um damit zu räumen, zu sehr billigen Preisen.

F. E. Bluhm.

Wasserstraße No. 37.

Forte-Piano's jeder Art [von 50 bis 300 Thlr.] und **Physharmonica's** [von 55 Thlr. ab] empfiehlt **H.**

Abs, Fischerstr. 4, bei Opticus Gilardoni.

Brust-Caramellen

und Rettigsäft! gegen Verschleimung, Brustleiden und Husten empfiehlt als sehr geeignete Lösungsmittel **Adolph Kuss**

Eine neue Zusendung von schönen türkischen Tafelpflaumen, schlesischer Pflaumenfreide, rheinischen Wallnüssen, sicil. Lambertsnüssen, Malaga-Citronen, Apfelsinen, Feigen und Traubrosinen wie auch Schaalmandeln erhielt und empfiehlt zu recht billigen Preisen

A. Tochtermann.

Schöne frisch geräucherte Gänsebrüste und Gänsekeulen sind zu verkaufen
Inn. Georgendamm 1., im Dampfwagen.

Ausverkauf!

Ich habe einen großen Theil meines Lagers im Preise bedeutend herabgesetzt und mache darauf ergebenst aufmerksam.

J. Unger,

Fischerstraße No. 2.

Weihnachts-Ausverkauf!

Wie im vergangenen Jahr, so habe ich auch für das diesmalige Weihnachtsgeschäft eine Parthe Kleiderstoffe in Wolle, Halbwolle und Halbseide u. a. A. zum Ausverkauf gestellt.

F. Kagelmann,

Alter Markt No. 31.



9 elegante Reit- u. Wagen-Pferde stehen zum Verkauf und Tausch

Innen Vorberg No. 10, bei dem Gastwirth Herrn Neufeld.

Fünf junge wollreiche Schafböcke zur Zucht (Negretti) sind zu verkaufen in Grunau (Höhe) bei R. Suckau.



Zwei fette Schweine sind zu verkaufen. Heil. Leichnamstraße No. 75.

Ein am Vorberge belegenes Grundstück, best. aus Wohnhaus, Schauer, Hofraum u. ll. Garten ist zu verkaufen. Näheres bei R. Walter.

Ich werde, durch Gesundheits-Rücksichten bestimmt, mein Grundstück äußeren Mühlendamm No. 59. zum Verkauf zu stellen. Es besteht aus einem Wohnhause mit 6 Wohnzimmern, den nötigen Stallungen und einem wohleingerichteten Obst- und Gemüse-Garten (ca. ¼ Morg. groß). — Bis 1000 Thaler können darauf stehen bleiben. Neumann.

Ein vor drei Jahren neu erbautes 3-stöckiges Wohnhaus, sehr gut gelegen, ist billig zu verkaufen. Das Nähere darüber zu erfahren bei Pfeiler, Maurermeister.

Zum 1. Dezember cr. ist ein möblirt. Zimmer nebst Kabinet, parterre, zu vermieten kurze Hinterstraße No. 9.

Fischerstraße No. 29. ist eine Wohnungseleganz mit allem Zubehör zu vermieten und sogleich zu beziehen.

Ein Lehrling für's Materialgeschäft kann sofort oder auch vom 1. Januar 1863 bei Herrn Herrmann Krebs in Braunsberg eintreten. Nähere Auskunft bei A. Tochtermann in Elbing.

Ein Bursche kann sogleich in die Lehre treten bei H. Bader, Schneider-Meister.

Eine Schänkerin nach auswärts wird gesucht. Zu melden: Mittwoch den 19. Nachmittag, Hospitalsstraße No. 4.

Lüchtige Köchinnen, sowohl auf das Land, als in die Stadt, empfiehlt

Golp, Gesindevermieterin, Burgstr. No. 8.

Ein Ladenlokal nebst 3 Zimmern wird zu mieten gesucht. Offerten werden erbeten unter der Adresse L. S. in der Expedition dieses Blattes abzugeben.

Ein gold. Bouton mit schwarzer Emaille ist verloren worden. Der Finder erhält eine dem Werthe nach angemessene Belohnung.

E. Borthoff.

Ein kleiner grau und schwarz gefleckter Wachtelhund, auf den Namen "Ami" hörend, hat sich den 17. Abends verlaufen. Wiederbringer erhält eine gute Belohnung.

Wasserstraße No. 60.

Ein großer schwarzer Hund hat sich eingefunden und kann gegen die Kosten Große Vorbergstraße No. 17. abgeholt werden.

Gedruckt und verlegt von Agathon Wernich in Elbing.
Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber Agathon Wernich in Elbing.

trockenen hannoverschen

Preß-Torf

die vierspänige Fuhr à 6 Thlr.

nimmt entgegen

Adolph Kuss.

Auf Verlangen werden Probe-Fuhren geleistet, und werden dieselben, nicht convenienten Fällen, wieder zurückgenommen.

Eine kleine Quantität Futterrüben und ditto Futterkartoffeln sind zu verkaufen

Große Ziegelscheunstraße No. 3.